

b.H.

und nimmt Sicherheit

Heute Samstag Metzelsuppe

Sonntag ab 4 Uhr Schlußregeln

Erhaltung

der neugegründeten Kohr-

Stadtgemeinde Nagold

Nadelholzreisig

Brut-Eier

Evang. Gottesdienste Nagold

Methodist. Gottesdienste

Ehhausen

Kath. Gottesdienste Nagold

Sonntag, 27. April

Der Gefellschaffter

Amtsamtliche Zeitschrift für den Oberamtsbezirk Nagold

Seite 96



Mit des landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Saxe, Gestein und Saubereitigkeit“

Abbestellung: Die spätkrige Bergzeile ober...

Telegr.-Adresse: Gefellschaffter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch.-Kto. Stuttgart 5115

Nr. 97 Montag, den 28. April 1930 Fernsprecher Nr. 29 104. Jahrgang

Die Entschließung des Parteivorstands der Deutschnationalen

Vertrauenserklärung für Hugenberg

Berlin, 27. April. In der Sitzung des Parteivorstands der Deutschnationalen Volkspartei am Freitag waren von 99 Mitgliedern 95 anwesend. Mit einer Mehrheit von mehr als vier Fünfteln wurde folgende von der ostpreussischen Gruppe vorgeschlagene Entschließung gefasst: Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, seinen Dank für ihr unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitag und in der Vorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Zielen und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, daß sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit aufgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion für die Agrargesetze ist es zuzuschreiben, daß deren Vorlage und Annahme entgegen widerstrebenden Teilen der Regierungsmehrheit noch vor Ostern durchgeführt wurde. Mit diesen Vorstandsmaßnahmen sind jedoch die Voraussetzungen für eine Rettung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt. Mit dem Parteivorstand ist der Parteivorstand der Auffassung, daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt viel tiefer greifende, zum Teil anders geartete Maßnahmen fordert. Die vom Kabinett verkündete „Kontinuität“ der handelspolitisch (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Weg, wie die Fortdauer der marxistischen Vorherrschaft in Preußen. Der Zustand, daß die Volkstreckungsmaßnahmen der öffentlichen Kassen, insbesondere auch der Preußenkasse, den Landwirt von Haus und Hof vertreiben, ist Selbstmord und muß vor allem anderen beseitigt werden. Wir stehen in Opposition gegen das Kabinett Brüning, das zur Fortführung der bisherigen Tribut-

und Handelsvertragspolitik entschlossen ist und das auf dem Weg über Breuken immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Der Parteivorstand bedauert, daß eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veranlaßt durch die verständliche und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Veroppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Mißwirtschaft der großen Koalition erforderlich gewordenen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuererlassen in der Minderheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft gebunden. Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen.

Zum Reichsschulgesetz

faßte der Parteivorstand eine Entschließung, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß der dem Zentrum angehörige Reichsinnenminister Dr. Brüning sich dem Schulgesetzentwurf gegenüber auf denselben ablehnenden Standpunkt stelle, wie sein sozialdemokratischer Vorgänger Severing. Darin sei ein Beweis zu erblicken, daß das Kabinett Brüning aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie nicht daran denke, die Hand zum endlichen Zustandekommen eines Reichsschulgesetzes zu bieten, wie es die christliche Bevölkerung schon längst fordere.

Ein zweiter Nachtragshaushalt 1929?

Berlin, 27. April. Noch ehe sich der Reichstag mit dem Haushaltsplan des Jahres 1930 beschäftigen konnte, hat sich, wie voranzusehen war, herausgestellt, daß das endgültige Gleichgewicht im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 auch durch den vor Ostern verabschiedeten Nachtragshaushalt nicht erreicht worden ist. Nach dem Ausweis für die Reichseinnahmen in den letzten Monaten des Rechnungsjahrs 1929 (d. h. für die Zeit Januar bis März 1930) sind 70 Millionen Mark weniger eingegangen, als dem berechtigten Voranschlag entsprach. Zu diesen Mindereinnahmen kommen Mehrausgaben, die besonders durch das allzu langsame Absinken der Arbeitslosenzahl hervorgerufen ist. Man wird sich daher mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Reichsregierung den gesetzgebenden Organen einen zweiten Nachtragshaushalt 1929 vorlegen wird, der sich auf 150 Millionen Mark und darüber belaufen wird. Wird dieser Mehrbedarf erst nach dem förmlichen Abschluß der Jahresrechnung ausgewiesen, so werden während des Rechnungsjahrs 1930 diese 150 Millionen auf der Reichskasse lasten. Nach der Haushaltsordnung muß dieser Betrag im Rechnungsjahr 1931 gedeckt werden, also in dem Augenblick, in dem der Steuerabbau eintreten sollte.

In Kreisen der Reichsregierung nimmt man an, daß die Verhandlungen sich noch lange hinziehen werden. Der deutsche Bevollmächtigte, Geheimrat Simson, wird dieser Tage zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Paris reisen. — Den wahnwitzigen Forderungen gegenüber hat Deutschland einen scharfen Trumpf in der Hand: Die Volksabstimmung im Saargebiet im Jahr 1935.

Kein Naiverbot in Sachsen

Dresden, 27. April. Die sächsische Regierung hat trotz der Ostervorgänge in Leipzig davon Abstand genommen, die Feiern des 1. Mai unter freiem Himmel zu verbieten. Die örtlichen Polizeibehörden erhielten Weisung, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung Erforderliche anzuordnen. Nur für Leipzig und Umgebung sind Kundgebungen unter freiem Himmel verboten.

Zwei der Hauptkuldigen an den Leipziger Bluttagen sind ermittelt. Es sind die jugendlichen Arbeiter Fritz Pratorius aus Burg (bei Magdeburg) und Alfred Bahr aus Jöbeleburg bei Burg. Beide haben selbst Schußverletzungen; sie waren von ihren Genossen sofort in die Heimat geschafft worden und hielten sich versteckt. Sie wurden nun nach Leipzig übergeführt.

Zeitungsverbot

Breslau, 27. April. Der Oberpräsident von Niederschlesien hat das nationalsozialistische Blatt „Der schlesische Beobachter“ in Schweidnitz und sein Kopfsblatt „Hirschberger Beobachter“ auf drei Monate verboten.

Die Steuerermäßigungen in Frankreich angenommen

Paris, 27. April. Die Kammer hat mit den Stimmen aller anwesenden 460 Abgeordneten das Gesetz über die Steuerermäßigung um 1900 Millionen Franken (312 Mill. Mk.) angenommen.

Eine Botschaft Patel's an das indische Volk

Simla, 27. April. Patel, der seine Würde als Präsident der gesetzgebenden indischen Versammlung niedergelegt hat, richtete an die Bevölkerung Indiens eine Botschaft, in der er sie im Sinn Gandhis aufforderte, alle ausländischen Stoffe von sich zu werfen, auf indischen Handwebstühlen gefertigten Stoff zu tragen und für den Erfolg der nationalistischen Bewegung zu beten.

2000 Landleute versammelten sich in einem Dorf bei Diamond Harbour, wo Salz hergestellt wird. Die Polizei erklärte die Versammlung für ungesetzlich und befahl der Menge, sich zu zerstreuen. Das versammelte Volk warf Steine gegen die Polizei, wobei 16 Beamte verletzt wurden. Die Polizei erwiderte mit Schrottschüssen, 3 Landleute wurden verwundet.

Württemberg

Das neue Kirchengebetbuch

ep Dem Evang. Landeskirchentag ist soeben der Entwurf eines kirchlichen Gebetes über die Aenderung des Kirchenbuches Teil 1 zugegangen. Gleichzeitig erschien im Verlag Chr. Beller der amtliche Entwurf der Neubearbeitung des 1. Teils des würt. Kirchenbuchs, enthaltend die Kirchengebete. Der Band wurde in dreijähriger Vorarbeit, die zugleich sorgfältig auf die geschichtlichen und liturgischen Voraussetzungen einging, fertiggestellt. Der Grundstock der bewährten bisherigen Gebete ist beibehalten, aber durch Zurückgehen auf altkirchliches und reformatorisches Gebetsgut noch vermehrt. Daneben finden sich nicht wenige neuere und neuzeitliche Gebete, insbesondere auch Gebete für neu sich bildende Gottesdienste und Feiern. Die in unserem Land reich entwickelten Gottesdienste der Jugend sind in einem Sonderband berücksichtigt. Gleichzeitig enthält der Gebetsband die neu festgestellte Gottesdienstordnung. Wenn diese auch grundsätzlich an dem schlichten Grundcharakter des in unserer Landeskirche eingebürgerten Gottesdienstes festhält, so ist doch in manchen Punkten auch neueren liturgischen Erkenntnissen Rechnung getragen. Die Einführung des neuen Gebetsbuchs wird voraussichtlich vom Evang. Landeskirchentag in einer besonderen Tagung im Lauf des Sommers beraten und beschlossen werden.

Stuttgart, 27. April. Gemeindeumlagehöchsthöhe. Durch Verordnung des Innen- und des Finanzministeriums ist der Gemeindeumlagehöchsthöhe für das Rechnungsjahr 1930 auf 12 Prozent festgesetzt worden.

Die Feuerschutzwoche, die im ganzen Reich stattfindet, wurde am Sonntag vormittag für Württemberg und Stuttgart auf dem Platz der Garnisonkirche durch einen besonderen Akt eröffnet. Nach dem Aufmarsch der freiwilligen Feuerwehren der Vororte hielt Landesfeuerlöschinspektor Oberbaurat Zimmermann eine Ansprache, in der er Belehrung über die Verhütung von Bränden forderte. Anschließend fand am Dillmann-Realgymnasium eine gemeinsame große Feuerlösch- und Rettungsübung der Stuttgarter Berufs- und Reserve-Feuerwehr und der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz unter Leitung von Branddirektor Müller statt, wobei u. a. auch Rauch- und Gasduschköpfe sowie eine 100 PS-Spritze vorgeführt wurden.

Der Verband württ. Industrieller hält seine 23. ordentl. Mitgliederversammlung am 8. Mai in Stuttgart (Handelskammer) ab.

Der Drang zur Reichswehr. Nach Mitteilung des Reichswehrministers ist für 1930 das Angebot für die in der Reichswehr in Frage kommenden Laufbahnen für Abiturienten weit höher als der Bedarf. Beim Heer beträgt der Bedarf für die Offizierlaufbahn jährlich 180 Anwärter (Angebot 1930: 800), für die Sanitätsoffizierlaufbahn 15 (300), Veterinäroffizierlaufbahn 10 (120), Heeresbeamtenlaufbahn 45 (250). In der Marine ist für die Seeoffizierlaufbahn ein jährlicher Bedarf von 45 (Angebot 1930: 375), für Ingenieuroffiziere 13 (120), Sanitätsoffiziere 6 (133), Marinezahlmeister 6 (39).

Bielfeldheim, 27. April. Die Dinoleumwerke haben in letzter Zeit über 200 Leute entlassen. Die Entlassung von weiteren 130 Mann steht laut „Nectar-Echo“ bevor.

Heilbronn, 27. April. Unglückreicher Gemeindepfleger. Wegen Unterschlagung von rund 4000 Mark Steuergelder wurde der Zimmermann und frühere Gemeindepfleger Karl Kusterer von Enzberg, Oll. Maulbronn, vom Schöffengericht Heilbronn zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Comersheim, Oll. Maulbronn, 27. April. Zigeunertrauung. Ein Zigeunerehepaar von über 50 Jahren, das schon vor einigen Jahrzehnten vom Oberhäuptling nach Zigeunersitte zusammengegeben war, mußte nunmehr die gesetzliche standesamtliche Trauung nachholen, was in hiesiger Gemeinde geschah. Daran schloß sich die kirchliche Trauung an, zu der sich die ganze zahlreiche Zigeunerfamilie eingefunden hatte.

Genfingen, Oll. Reutlingen, 27. April. Erweiterung der neuen Nebelhöhle. Wie der „Echazbote“ schreibt, sind die Genfinger befreit, die neue Höhle zu erweitern. Ein Reutlinger Winkelschrotengänger hat nun eine neue Höhle gemutet. Grabarbeiten haben in der Höhle begonnen.

Munderkingen, Oll. Ehingen, 27. April. Den hundertsten Geburtstag feiert am Dienstag, 29. April, die ledige Luise John, sog. „Halbluis“. Geistig ist die 99-jährige noch sehr frisch.

Tailfingen Oll. Balingen, 27. April. Ein Schwindler. Der frühere Gärtner Eugen Hofmann aus Uhlbach bei Ehlingen, wiederholt wegen Betrügereien vorbestraft, hat auch hier Schwindeleien unternommen. Er gab sich als Birt aus und pumpte unter falschem Namen bei seinen „Kollegen“ Geld unter der Angabe, daß er im Zug seinen Mantel mit der Börse haben hängen lassen und augenblicklich in Vertelheit sei. Als ein hiesiger Birt um die Rückgabe der geliehenen 20 Mark in den „Möhren“ nach Ehlingen, der angeblichen Adresse des Schwindlers, schrieb, kam der Betrug auf und wurde zur Anzeige gebracht.

